



Italiens Libyenpolitik

Zwischen Krisenmanagement und strategischen Interessen

ROBERTO ALIBONI
Juni 2016

- Italien verfolgt in Libyen langfristige strategische Interessen. Die Krise in Libyen hat auf der außenpolitischen Agenda Roms höchste Priorität, da sowohl Sicherheits- wie Energiefragen betroffen sind, aber auch die immer drängender werdende Frage der Steuerung der Migrationsströme über das Mittelmeer.
- Die Renzi-Regierung hat vier strategische Leitlinien für ihre Politik definiert: Sie unterstützt die UN-Vermittlungsbemühungen zur politischen Stabilisierung des Landes; sie ist bereit, eine UN-Friedensmission zu leiten und mit militärischen Einsatzkräften in erheblichem Umfang zu unterstützen; sie versucht, die illegale Einwanderung über das Mittelmeer zu beschränken; und sie zielt auf die Sicherstellung der Energieversorgung aus Libyen und die Sicherung der Interessen des Energiekonzerns ENI.
- Die Stabilisierung der politischen Institutionen genießt im Moment oberste Priorität für Italien. Darin wird der Schlüssel sowohl für einen erfolgreichen Kampf gegen ISIS wie gegen die Schleuserbanden an der libyschen Küste gesehen. In Fragen politischer Prioritäten und politischer Allianzen befindet sich das Land damit im Gegensatz zu den Prioritäten und Allianzen einiger westlicher Partner, vor allem Frankreichs.



Inhalt

1. Eine lange Tradition enger Beziehungen	2
2. Neuanfang unter Matteo Renzi	3
3. Italiens Unterstützung der UN-Vermittlung	3
4. Die italienische Haltung zu einer UN-Friedensmission	4
5. Kampf gegen illegale Migration	5
6. Die Sicherung von Italiens Energieinteressen in Libyen	6
7. Welche Mittel stehen Italien zur Verfügung?	6

Libyen stellt seit langem eine strategische Priorität für Italien dar. Dies liegt zum einen an den historischen Beziehungen, die sich zwischen den beiden Ländern seit dem Ende der kolonialen Besetzung entwickelt haben, zum anderen an den wichtigen Interessen, die Italien in Libyen hat, die vor allem Sicherheits- wie Energiefragen betreffen. Von besonderer Bedeutung ist hier vor allem die Frage der Migrationsströme aus bzw. durch Libyen, die sowohl die politische Klasse wie die gesamte öffentliche Meinung bewegen. Dieser strategische Blick auf Libyen zieht sich quer durch alle politischen Lager Italiens.

1. Eine lange Tradition enger Beziehungen

Italiens koloniale Präsenz in Libyen hat ein prägendes Erbe für die Beziehungen zwischen den beiden Ländern geschaffen. Von 1911 bis 1947 war das nordafrikanische Land einem italienischen Kolonialregime unterworfen, das mit dem Sieg des Faschismus in den zwanziger Jahren besonders repressive Züge annahm. Nach dem Verlust des Kolonialgebiets im Friedensvertrag von 1947 unterhielt Italien gute Beziehungen zu König Idris. Eine beträchtliche Zahl von Italienern blieb im Land und nahm privilegierte Stellungen im ökonomischen und administrativen System des Landes ein. Nach der Machergreifung Muammar al-Gaddafis im Jahr 1970 wurden diese Italiener des Landes verwiesen und ihre Güter beschlagnahmt. Gleichzeitig praktizierte das Regime eine harte Rhetorik gegenüber Italien, bei der die Forderung nach einer offiziellen Entschuldigung Roms und entsprechenden Entschädigungen im Vordergrund stand. Dennoch entwickelten sich gerade in diesen Jahren auch die Grundlagen für die exzellenten wirtschaftlichen und kommerziellen Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Diese Beziehungen wurden fast unverändert auch während der 80er und 90er Jahre aufrechterhalten, trotz der internationalen Isolierung Libyens in der Folge einer Reihe von blutigen Attentaten Libyens und der damit verbundenen Verhängung von internationalen Sanktionen.

Mit dem Ziel der Aufrechterhaltung und Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern in Sicherheits- und Wirtschaftsfragen haben verschiedene italienische Regierungen zwischen 1996 und 2008 die koloniale Verantwortung Italiens gegenüber Libyen in der Form öffentlicher Entschuldigungen anerkannt. Diese Versöhnung wurde nicht zuletzt von der Not-

wendigkeit der Steuerung der Migrationsflüsse durch Libyen vorangetrieben, die in jenen Jahren begannen, Italien zu erreichen. Sie wurde mit dem »Freundschafts-, Partnerschafts- und Kooperationsvertrag« besiegelt, den Muammar al-Gaddafi und Silvio Berlusconi am 30. August 2008 in Bengasi unterzeichneten. Der Vertrag legte die Grundlagen für eine Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen, vor allem bei der Bekämpfung der illegalen Migration und der Beschränkung der Wanderungsbewegungen. Vor allem aber schuf er den Rahmen für eine intensive wirtschaftliche Zusammenarbeit: Italien sollte über eine Laufzeit von zwanzig Jahren 5 Mrd. Euro für Aufträge an italienische Firmen bereitstellen, über deren Vergabe eine gemischte Kommission entscheiden sollte. Auf diese Art wurde ein langanhaltender und bitterer Streit auf offizieller Ebene beendet, der gleichzeitig von der Entwicklung freundschaftlicher und fruchtbarer Beziehungen zwischen den beiden Ländern und ihren Zivilgesellschaften begleitet gewesen war.

Allerdings wurde die Umsetzung des im Frühjahr 2009 ratifizierten Vertrags bald darauf durch die Revolution von 2011 und die folgende westliche Militärintervention unterbrochen. Die Regierung Berlusconi hatte die französisch-britische Initiative für eine Militärintervention gegen al-Gaddafi nicht unterstützt. Aber nach der amerikanischen Entscheidung für eine Intervention und aus Sorge, in eine isolierte Position gegenüber den wichtigsten Verbündeten zu geraten, setzte sich schließlich die Entscheidung durch, der Koalition gegen den libyschen Diktator beizutreten.

Nach dem Abschluss der revolutionären Phase machte sich die italienische Diplomatie daran, die Umsetzung des Freundschaftsvertrages wieder aufzunehmen und mit der neuen Regierung jene privilegierten Beziehungen aufzubauen, die der Vertrag vorgesehen hatte. Die italienische Regierung knüpfte entsprechend sehr enge Kooperationsbeziehungen mit den post-revolutionären Regierungen el-Kib, Seidan und Thenni. Der Ausbruch des Bürgerkriegs zwischen den national-säkularen und islamistischen Kräften im Juli 2014 rückte die Erreichung dieses Ziels allerdings erneut in weite Ferne.

2. Neuanfang unter Matteo Renzi

Mit dem Scheitern der demokratischen Transition in Libyen erwiesen sich auch die Versuche Italiens, die bilateralen Beziehungen dort wieder aufzunehmen, wo sie beim Sturz al-Gaddafis unterbrochen worden waren, als nicht praktikabel. Die Notwendigkeit eines neuen Ansatzes wurde offenkundig. Im Februar 2014 begann die von Matteo Renzi geführte Regierung entsprechend, einen neuen diplomatischen Ansatz zu verfolgen. Ziel war es, die Beziehungen Italiens zu der Region an die veränderten Umstände anzupassen und eine aktive Präsenz Italiens an der Seite der Verbündeten im Management der zahlreichen Krisen im Mittelmeerraum und im Nahen Osten zu sichern. Die Regierung betrachtet in diesem Kontext eine größere Rolle Italiens bei der Lösung der Krise in Libyen nicht nur als notwendig, um die Wirtschafts-, Energie- und Sicherheitsinteressen Italiens zu verteidigen, sondern auch, um die Stellung Italiens innerhalb der europäischen und transatlantischen Beziehungen zu verbessern.

Die Libyenpolitik der Renzi-Regierung folgt vier prinzipiellen Leitlinien: Allen voran unterstützte Italien von Anfang an und aktiv den Beginn und die Umsetzung der im September 2014 in Angriff genommenen Vermittlungsinitiative der UNO, deren Ziel eine konsensuelle politische Lösung der Krise ist. Zum zweiten hat Italien beständig seine Bereitschaft zu einer gegebenenfalls notwendig werdenden Entsendung von Sicherheitskräften im Rahmen einer Stabilisierung- und Friedensmission auf libyschem Boden signalisiert und darüber hinaus die Bereitschaft zur Übernahme der Führung einer solchen Mission bekräftigt. Drittens – und in Übereinstimmung mit dem eigenen Interesse an einer Eindämmung der irregulären Migrationsströme nach Italien (die zum großen Teil über Libyen laufen) – hat Rom versucht, im Rahmen der UE eine Migrationspolitik zu befördern, die nicht nur kohärenter und kompakter ist, sondern auch die Lasten und Kosten dieser Wanderungsbewegungen zu lindern versucht. Viertens hat es auf diskrete Art die Anstrengungen der nationalen Ölgesellschaft ENI unterstützt, die Produktion und Exporte aus Libyen so weit wie möglich aufrechtzuerhalten. Im Folgenden sollen diese vier Grundlinien genauer betrachtet werden.

3. Italiens Unterstützung der UN-Vermittlung

Die Unterstützung der Vermittlungsbemühungen der UNO wird von der großen Mehrheit der politischen Kräfte geteilt. Allerdings hat sich in Italien ebenso wenig wie andernorts in Europa eine echte Debatte darüber entwickelt, welche Bedingungen und Instrumente für die praktische Umsetzung des von der UNO vermittelten Versöhnungsplans wirklich von Nöten wären. Die wichtigsten Fragen in dieser Hinsicht betreffen (a) die Einmischungen anderer Staaten der Region in die libyschen Angelegenheiten und die Inkohärenz des Westens gegenüber diesen Einmischungen und (b) die Frage der Einbeziehung der Islamisten in die politische Lösung der UNO und, erneut, die Unsicherheit des Westens gegenüber einer solchen Einbeziehung.

Die Aktion der UNO wurde stark von den Interventionen von Ländern behindert, die sich entsprechend ihrer eigenen Interessen in der Region auf die Seite des einen oder des anderen Lagers in Libyen stellten. Die Türkei und Katar stehen an der Seite islamistisch orientierter Kräfte in Libyen; die VAE und Ägypten unterstützen dagegen anti-islamistische Kräfte. Alle zusammen haben dazu beigetragen, Kompromisse im Rahmen der UN-Vermittlung zu behindern. Ägypten unterstützt aus einer eng nationalen Perspektive heraus die anti-islamistischen Kräfte, die sich um den libyschen General Chalifa Haftar gesammelt haben. Diese Haltung ergibt sich aus der Logik der harten Repression der Muslimbrüder im eigenen Land und aus der Notwendigkeit, die Cyrenaika zu kontrollieren, um einen Zusammenschluss der Dschihadisten des Sahels mit denen des Maghreb und des Sinai zu verhindern. Im Zeitraum 2014–2015 war die ägyptische Einmischung ohne Zweifel die intensivste von allen und der Hauptfaktor bei der Sabotage der diplomatischen Vermittlungsbemühungen.

Diese Einmischungen stellen bis heute das Haupthindernis für die Konsolidierung der von der UN unterstützten Regierung al-Sarrai dar. Die Aussicht auf ein Libyen, das von einer breiten nationalen Koalition mit islamistischer Regierungspräsenz regiert wird, wird von Ägypten nicht akzeptiert.

Die europäischen Länder und die USA haben sich ihrerseits nicht ausreichend um eine Kohärenz zwischen ihren Zielen in Libyen und ihren regionalen Allianzen bemüht.

Dies gilt aber auch für Italien, das in den letzten Jahren sowohl die UNO-Vermittlung in Libyen als auch das Regime al-Sisis in Ägypten stark unterstützt hat. Die italienische Regierung hat keine klare Linie verfolgt und tut dies auch heute nicht, wo die Beziehungen mit Ägypten durch den »Fall Regeni« schwer belastet sind.¹ Es gibt zu dieser Frage auch keinerlei vertiefte öffentliche Debatte.

Dieselbe Feststellung gilt für die Frage der Anerkennung der politischen Kräfte in Libyen, die dem Land eine nationale Einheitsregierung geben sollen. Die italienische Regierung betrachtet – in Übereinstimmung mit der Position der UNO – Fayez Mustapha al-Sarrai und die Regierung der Nationalen Einheit als geeigneten Ansprechpartner. Diese stellt eine Koalition aus moderaten Kräften und wichtigen Vertretern des gemäßigten Islamismus in Libyen (vor allem die Muslimbrüder) dar. Andererseits bestehen die nicht-offiziellen Kontakte (vor allem auf der Ebene von Unternehmen) in erster Linie zu »gewendeten« Kräften der Vergangenheit. Die bilateralen politischen Beziehungen sind in diesem Sinne von einer substantiellen Kontinuität mit der Gaddafi-Periode gekennzeichnet. Italien verfügt ebenso wenig wie andere westliche Länder über belastbare Kontakte zur Welt des gemäßigten Islamismus in Libyen. Entsprechend neigt eine große Mehrheit der libyschen Islamisten dazu, Italien als einen Ex-Unterstützer Gaddafis zu betrachten – was Italien de facto ja auch gewesen war. Auch die koloniale Vergangenheit Italiens in Libyen wird von den Gegnern al-Sarraais (ob islamistisch oder nicht) dazu benutzt, die Regierung der nationalen Einheit zu schwächen. Nicht zuletzt die General Haftar nahestehenden politischen Kräfte werden nicht müde, eine mögliche militärische Intervention Italiens als Kolonialaktion zu brandmarken.

Die Frage der Einbeziehung der gemäßigten Islamisten in den politischen Prozess ist ein Schlüsselement für die Zukunft des Regierungssystems in Libyen und seiner Beziehungen zur italienischen Regierung. Die Regierung Renzi hat sich nicht kategorisch gegen eine solche Einbeziehung ausgesprochen, aber auch keine klare Position in dieser Hinsicht eingenommen. Auch in dieser Hinsicht war die Debatte in Italien nicht sehr tiefgehend. Entsprechend wird zwar viel von der Gefahr von ISIS und der radikalen Islamisten gesprochen, beträchtlich weniger

aber darüber, wie eine in Wirklichkeit sehr viel komplexere Situation – in der ISIS nur ein Problem unter vielen darstellt, und nicht einmal das größte – gelöst werden könnte. Die Frage der Rolle gemäßigter Islamisten hat wenig Aufmerksamkeit erfahren. Die Plattform der UNO hat sie nicht ausgeschlossen und ihnen die Wahl gelassen, sich zu beteiligen.²

4. Die italienische Haltung zu einer UN-Friedensmission

Die zweite Grundidee der italienischen Libyenpolitik ist mit der ersten eng verknüpft. Es geht dabei um die Unterstützung einer legitimen gesamt nationalen Regierung durch die Bereitstellung eventuell notwendiger Sicherheits- und Stabilisierungskräfte. Die italienische Regierung betrachtet dies als ein Schlüsselement ihrer Politik.

Dieses mögliche Engagement »on the ground« ruft im Gegensatz zur allgemeinen Unterstützung der UNO-Vermittlungsbemühungen sowohl bei politischen Akteuren wie in der öffentlichen Meinung Fragen auf. Die Bereitschaft zu einer Friedensoperation ist groß, aber die politischen Akteure fordern, dass einer möglichen Mission eine Debatte im Parlament vorausgehen müsste – wenn auch eher nicht im Plenum, sondern in den Ausschüssen für Außenpolitik und für Verteidigung. Die Regierung hat dies ohne Umschweife zugesichert.

Die Verunsicherung der Politik und der öffentlichen Meinung bezüglich der wahren Absichten der Regierung sind das Ergebnis von Kommunikationsdefiziten der Regierung, die sich gelegentlich von taktischen Überlegungen davontragen ließ. Zudem besteht in der öffentlichen Debatte eine Konfusion zwischen Stabilisierungs- und Befriedungseinsätzen – die den Streitkräften unterliegen – und Anti-Terrorismus-Einsätzen, die von Spezialkräften durchgeführt werden. Jenseits dieser Zweideutigkeiten ist die Linie der Regierung bezüglich eines Militäreinsatzes aber immer klar gewesen: Italien unterstützt die Durchführung einer Stabilisierungsmission unter der Voraussetzung, dass diese vom UN-Sicherheitsrat autorisiert wurde und einer anerkannten und legitimen libyschen Regierung dient.

1. Anfang 2016 wurde der italienische Doktorand Giulio Regeni in Kairo unter nach wie vor ungeklärten Umständen entführt, schwer gefoltert und getötet. Regeni recherchierte über die unabhängige Gewerkschaftsbewegung in Ägypten.

2. Die im Wesentlichen national-säkulare Regierung al-Sarraai wird von der Partei der Muslimbrüder unterstützt und ist eindeutig offen gegenüber einer islamistischen Beteiligung. Die Regierung al-Sarraai erhält auch aus Tunesien, Marokko und Algerien politische und logistische Unterstützung.

In dieser Hinsicht erklärte der Außenminister Paolo Gentiloni am 10.3.2016 in einem Interview mit der Zeitung L'Unità: »... Wir können uns vom Kampf gegen den Terrorismus nicht die Stabilisierung Libyens erhoffen. Aktionen der legitimen Selbstverteidigung mit der Stabilisierung Libyens zu verwechseln, hilft nicht [...]. Denjenigen, welche die durchaus reale Bedrohung durch ISIS dazu benutzen, um zu einer Militärintervention aufzurufen, antworten wir, dass Militärinterventionen nicht die Lösung sind. Manchmal können sie das Problem sogar verschärfen. Denjenigen, die mit Zahlen von angeblich zum Einsatz bereiten Soldaten herumwerfen (...) möchte ich in Erinnerung rufen, dass Libyen sechsmal so groß wie Italien ist und es dort ca. 200 000 Bewaffnete in Milizen und Armeen aller Art gibt. Das ist wirklich kein ideales Theater für Muskelspiele. [...] Die Regierung wird das Land vor der terroristischen Bedrohung mit geeigneten und angemessenen Aktionen schützen. Falls notwendig, wird die Regierung intervenieren und auf Sicherheitsbiten einer legitimen, um die Wiedergewinnung der Kontrolle über das Staatsterritorium bemühten Regierung in Libyen reagieren. Sie wird dies auf der Grundlage einer Parlamentsentscheidung tun und die alliierten Kräfte koordinieren. Die Regierung wird sich nicht in nutzlose und im Ende sogar für die Sicherheit unseres Landes gefährliche Abenteuer hinein ziehen lassen.«³

Prinzipiell ist die italienische Regierung der Meinung, dass Counter-Terrorism-Aktionen von Sicherheitsdiensten und Spezialkräften im Kampf gegen ISIS nicht zu den Aufgaben der Stabilisierungskräfte zählen sollten. Grundsätzlich richtet sich das italienische Interesse – im Gegensatz zu verbündeten Ländern, vor allem den USA, Frankreich und Großbritannien – in erster Linie auf die Stabilisierung Libyens und weniger auf den Kampf gegen ISIS.

Aus italienischer Sicht muss der Kampf gegen ISIS von auf nationaler Ebene vereinigten libyschen Kräften geführt werden. Dies setzt einen Prozess der nationalen Versöhnung und die Rekonstruktion der staatlichen Sicherheitsapparate voraus. Wenn die libyschen Kräfte in ihrer heutigen zersplitterten Form ISIS angreifen würden oder auf opportunistische Weise von externen Kräften als Hilfskräfte für deren eigenen Anti-Terrorismus-Aktionen benutzt würden, könnte dadurch nicht nur die Lösung

der Krise in Libyen behindert oder sogar verunmöglicht werden. Auch der Kampf gegen ISIS verlöre an Effizienz.

Italien besteht darauf, bei einer eventuellen Stabilisierungsmission die Führung zu übernehmen. Die Regierung Renzi ist der Meinung, dass in der Libyen-Frage fundamentale Sicherheitsinteressen Italiens – auch in Hinsicht auf die Energiesicherheit – betroffen sind. Aber sie sieht darin auch die Möglichkeit, eine herausgehobene euro-atlantische Rolle zu spielen, mit positiven Auswirkungen auf Prestige und Verhandlungsgewicht des Landes, nicht zuletzt auch innerhalb der EU. Dieser Anspruch resultiert aber auch aus der Notwendigkeit, gewisse Tendenzen verbündeter Länder einzuhegen, die mit Hilfe von regionalen Allianzen versuchen, Italiens Linie zu marginalisieren. Vor allem gegenüber Frankreich besteht ein tiefgehender Meinungsunterschied. Frankreich ist de facto ein Verbündeter Haftars und Ägyptens als dessen Hauptsponsor. Diese Linie kollidiert mit der italienischen Politik der Unterstützung der UNO. In dieser Frage fühlt sich Italien vor allem den USA sehr nahe.

5. Kampf gegen illegale Migration

Die dritte Leitlinie betrifft die Migrationskrise. Italien war beim Immigrationsthema lange isoliert geblieben. Erst als sich im Herbst 2015 syrische Flüchtlinge in der Levante über Griechenland und die Balkanroute zu bewegen begonnen haben, fühlte sich ganz Europa davon betroffen.

Das Management der Krise in Libyen bleibt für Italien der Schlüssel für die Antwort auf die Migrationskrise. Durch Libyen verlaufen beträchtliche Migrationsrouten aus verschiedenen Ursprungsgebieten, die in Italien münden. Das Land ist nicht in der Lage, diese Migrationsflüsse entsprechend der im Dublin-Abkommen vorgesehenen Regeln zu managen. Allerdings erscheint eine Revision der Verträge, die die Mobilität in Europa und die Kontrolle der Außengrenzen regeln, nicht in unmittelbarer Zukunft zu erfolgen. Die italienische Regierung hat entsprechend einen strukturierten Vorschlag zu einer gemeinsamen Politik vorgelegt, den sogenannten »migration compact«.⁴ Dieser Plan zielt auf Externalisierung und entsprechende Kooperation mit den Ländern jenseits des Mittelmeerbe-

3. Gentiloni: »Libia, non ci faremo trascinare in avventure inutili e pericolose« (L'Unità), 10 marzo 2016, <http://www.esteri.it/mae/it/sala-stampa/archivionotizie/interviste/2016/03/gentiloni-libia-non-ci-faremo-trascinare.html>

4. Der Text des Vorschlags ist auf Englisch auf der Website der italienischen Regierung abrufbar: <http://www.governo.it/sites/governo.it/files/immigrazione-0.pdf>

ckens und schlägt die Finanzierung dieser Politik durch die Ausgabe von Eurobonds vor.

Wie die italienische Regierung sieht auch die Kanzlerin Merkel einen Nexus zwischen der Migrationsfrage und der Governance der Eurozone. Aber sie ist nicht bereit, die Möglichkeit der Emission von Eurobonds zur Finanzierung der Antworten auf die Migrationskrise in Betracht zu ziehen. Allerdings hat sich bei dem Treffen zwischen dem italienischen Ministerpräsidenten und der Kanzlerin am 5. Mai 2016 eine bemerkenswerte Konvergenz mit Deutschland bei anderen Aspekten des »migration compact« gezeigt.

Aus italienischer Sicht ist die Lösung der Libyen-Krise nicht von der Frage der Definition einer effizienteren Politik zur Einhegung der Migrationsflüsse zu trennen. Diese muss auch eine gerechtere Verteilung der Lasten und Verantwortung beinhalten. Italien erwartet sich von einer gemeinsamen Strategie eine stärkere Unterstützung vor allem in der Form einer Verteilung der Kosten und der Interventionen zwischen den EU-Mitgliedsstaaten. In der Zwischenzeit beteiligt sich Italien an den bestehenden Gemeinschaftsanstrengungen. Hierzu zählt vor allem die Operation EUNAVFORMED im Rahmen der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. Diese Operation hat die Aufgaben der Operation »MareNostrum« übernommen, die bis Oktober 2014 von Italien alleine durchgeführt worden war, bevor die EU begann, diese Frage in einer gesamteuropäischen Perspektive anzugehen.

6. Die Sicherung von Italiens Energieinteressen in Libyen

Die vierte Grundlinie betrifft die Energiesicherheit und die Sicherstellung der Versorgung mit fossilen Brennstoffen aus Libyen. Trotz der schwierigen Bedingungen vor Ort bleibt das nordafrikanische Land ein wichtiger Produktionsstandort für den staatlichen Energiekonzern ENI. Dies gilt sowohl für Erdöl wie für Erdgas. Die Erdöl-Produktion hat in den letzten Jahren beträchtliche Rückschläge erlitten und war entsprechenden Schwankungen unterworfen. Die Situation im Erdgas-Bereich ist stabiler, und die Versorgung durch die Pipeline »Greenstream« ruft im Moment keine Beunruhigung hervor. Die Regierung hat nicht selbst interveniert, sondern es der Erfahrung des Unternehmens überlassen, die notwendigen Arrange-

ments vor Ort zur Gewährleistung der Sicherheit zu finden (mit diskreter Unterstützung der Regierung). Die im März 2015 begonnene Operation »Mare Sicuro« dient dazu, nationale Interessen in der Region zu schützen und für ein angemessenes Niveau von maritimer Sicherheit zu sorgen. Diese betrifft vor allem den Schutz der Offshore-Anlagen der Firma und der für Italien wichtigen Versorgungswege. Was die Zukunft betrifft, so hat ENI zwei neue Funde im Offshore-Bereich in Libyen auf den Weg gebracht. Und dies trotz des Umstandes, dass der Beginn neuer Aktivitäten im Lande als sehr riskant betrachtet wird: Nicht nur wegen der Frage der Sicherheit an Leib und Leben des Personals (das italienische Personal hat das Land weitgehend verlassen) und des Schutzes der Infrastruktur, sondern auch wegen der politischen und administrativen Risiken in Libyen. Der Offshore-Bereich ist allerdings geringeren Bedrohungen durch den aktuellen Konflikt ausgesetzt.

7. Welche Mittel stehen Italien zur Verfügung?

Abschließend kann man die Frage stellen, ob Italien tatsächlich über die notwendigen Ressourcen für seine Libyenpolitik verfügt. Aus militärischer Perspektive bereitet der Generalstab kontinuierlich unterschiedliche Einsatzpläne vor, darunter auch ein ambitioniertes Projekt, das den Einsatz einer Truppe von 5 000 Mann vorsieht. Diese Pläne – die zur Verwirrung über die Ziele Italiens beigetragen haben, da die Medien sie oft als bereits getroffene Entscheidungen präsentierten – sind sämtlich durch den Haushalt des Verteidigungsministeriums abgedeckt, der ein spezifisches Kapitel für Auslandseinsätze enthält. Italien steckt seit längerem erhebliche Ressourcen in diese Einsätze, und es wäre mit einigen Änderungen kein Problem, eine neue Mission in Libyen darin zu integrieren. Größere Probleme gibt es dagegen im Hinblick auf die Ressourcen, die für die Antwort auf die Immigration notwendig sind. Dies ist ein facettenreiches Problem, das verschiedene Administrationen und Verwaltungsebenen betrifft, wie etwa die Kommunen und Regionen. In diesem Sinne ist die schwierigste Frage – auch im politischen und diplomatischen Sinne – die Frage der Immigration. Hier hängt Italien, ähnlich wie in Fragen der politischen Ökonomie, sehr stark vom Erfolg seiner europäischen Initiativen ab und von der Aussicht, dass Europa in Zukunft auf einen solidarischeren Kurs einschwenkt.



Über den Autor

Roberto Aliboni ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Istituto Affari Internazionali in Rom
r.aliboni@iai.it

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Westeuropa/Nordamerika |
Abteilung Internationaler Dialog
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Michèle Auga, Leiterin des Referats Westeuropa / Nordamerika

Tel.: ++49-30-269-35-7736 | Fax: ++49-30-269-35-9249
<http://www.fes.de/international/wil>
www.facebook.com/FESWesteuropa.Nordamerika

Bestellung/Kontakt hier:
FES-WENA@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-95861-502-1